

Auf welche Weise zeigt sich die Ambivalenz der Erfolge feministischer Wissenschaft?

Feministinnen im Mainstream – dialektisch überfordert? Oder: Wenn vor allem das Persönliche zählt!

SABINE BERGHAHN

Die *Femina Politica* ist nicht nur eine sehr lesenswerte Zeitschrift, sondern auch ein erfreulicher Gradmesser für die Weiterentwicklung feministischer Debatten. In den Themenschwerpunkten finden sich neben den jeweiligen Empiriebezügen implizit auch die feminismustheoretischen Diskussionen wieder, die in den Sozialwissenschaften Deutschlands und vermutlich weltweit geführt werden. Der Feminismus ist seit seinen Anfängen in Form der Frauenbewegung notwendigerweise heterogener geworden, der anfängliche Alleinvertretungsanspruch weißer Mittelschicht-Feministinnen wurde tendenziell aufgebrochen. Heute kommen in feministischen Diskursarenen auch Menschen „of colour“, Angehörige marginalisierter Gruppen und Betroffene prekärer Lebenslagen zu Wort – ob in ausreichendem Maße braucht hier nicht diskutiert zu werden. Jedenfalls besteht heute wohl Konsens, dass das Geschlecht nur eine von mehreren Kategorien der Diskriminierung und Hierarchisierung ist und mindestens um die Kategorien Klasse und Ethnie zu ergänzen ist, was zur selbstkritischen Reflexion über das eigene Exklusions- oder Hierarchisierungsdenken anregen sollte.

In der Beobachtung von Real- und Tagespolitik oder themenzentrierter Empirie ging und geht es um relevante Themen, deren Fragestellungen für ein breites LeserInnenpublikum akademisch ausgebildeter SozialwissenschaftlerInnen, eventuell auch Angehöriger benachbarter Disziplinen, interessant sein dürften, schon weil es sonst kaum so konzentriert politologische Fokussierungen in Zeitschriftenform gibt. Das feministische Projekt oder einfacher ausgedrückt, der Siegeszug von Vorstellungen über gleichberechtigte Geschlechterverhältnisse bringt es aber auch mit sich, dass die Heterogenität zu Streit und Konfrontationen unter Feministinnen führt. Das betrifft nicht nur Theoriediskussionen, sondern gerade realpolitische Streitthemen etwa zum „islamischen“ Kopftuch, zur staatlichen Prostitutionsregelung oder zur Nutzung medizinischer Fortpflanzungstechniken.

Natürlich kann niemand behaupten, dass darüber nicht oder zu wenig geschrieben würde, dennoch finden sich kaum qualifizierte Reflexionen und Erklärungen, warum die gegnerischen Positionen so unversöhnlich bleiben oder geblieben sind und warum es in der Realpolitik vielfach gerade unter gleichstellungsorientierten Frauen, also Feministinnen in einem weiten Sinne, zu erheblichen Konfrontationen kommt. Eine banale und bekannte Erklärung ist, dass der Alltagsfeminismus „der vielen Mitstreiterinnen“ die anspruchsvollen Weiterungen und Selbstprüfungen des

akademischen Feminismus etwa in Form des poststrukturalistischen Dekonstruktivismus und der Einbeziehung der (konkreten und abstrakten) „Anderen“, namentlich der Zugewanderten und Marginalisierten, gar nicht mitgemacht oder nachvollzogen hat. Eine gesellschaftliche Bewegung ist eben etwas anderes als eine akademische Denkrichtung! „Nach Köln“ trat das Dilemma der komplexen Überschneidung von Sexismus und Rassismus deutlich sichtbar hervor, die polizeiliche und mediale Instrumentalisierung des Schutzes „unserer Frauen“ vor den „fremden muslimischen Machos“ kam zum Ausdruck, aber auch der schmale Grat zwischen polizeilichen Schutzmaßnahmen, „racial profiling“ und der Dämonisierung der Täter.

Ich habe zahlreiche Podiumsdiskussionen zum Thema „islamisches Kopftuch“ besucht und dabei erlebt, wie konfrontativ akademische Feministinnen gegenüber Kopftuch tragenden muslimischen Frauen bisweilen auftreten und mit welcher „persönlichen“ Überzeugung sie den bedeckten Musliminnen nachweisen wollten, dass diese sich männlichen Wünschen unterwerfen und die Sache der Gleichberechtigung verraten würden. Die anwesenden Tuchträgerinnen und Teilnehmerinnen, meist Studentinnen oder Absolventinnen, die Lehrerinnen, Rechtsanwältinnen, Richterinnen oder Ärztinnen werden wollen, sahen dies natürlich ganz anders und bekannten sich zu Gleichberechtigung und Emanzipation, was aber nichts an der konfrontativen Stimmung änderte. Auch verfassungsrechtliche Abwägungserfordernisse wurden zur Bagatelle. Dabei kann nach meinem Dafürhalten nicht übersehen werden, dass allein „ein Symbol“ noch keinen Schaden oder eine konkrete Gefahr für irgendjemanden darstellt. Somit ist mit dem Grundgesetz eine derartige Einschränkung der Religions- und Bekenntnisfreiheit nicht zu rechtfertigen. Auch wenn unter Feministinnen (verständlicherweise) meist nicht allzu viel Verständnis für religiöse Gefühle vorhanden ist, sollte doch die Bedeutung dieses Grundrechts nicht völlig verleugnet werden. Was mich am meisten irritierte, waren Aussagen der Kopftuchgegnerinnen, in denen sich der Verweis auf ihr eigenes „Bauchgefühl“ und das, was subjektiv für die eigene Person als richtig oder eben bedrohlich empfunden wird, derart häuften, dass von der Bereitschaft zur hypothetischen Rollenübernahme keine Rede sein konnte.

Es scheint zur Dialektik einer erfolgreichen Durchsetzung bestimmter egalitärer Standards zu gehören, dass dabei die Gemeinsamkeiten in Sachen kritisches Bewusstsein und Solidarität mit Diskriminierten sehr überschaubar werden. In Anbetracht des Aufstiegs vieler Feministinnen, die in Staatsberufen arbeiten, in den Mainstream und angesichts des allgemein grassierenden (Rechts-)Populismus und der antimuslimischen Ressentiments ist schon fast zu vermuten, dass das Abgrenzungsbedürfnis vieler Feministinnen sogar recht groß ist. Die meisten, auch akademischen Feministinnen, insbesondere die in eher praktischen Staatsberufen tätig sind, haben – auch wenn sie älter sind – nicht unbedingt die anspruchsvolle Theorieentwicklung hin zur Intersektionalität, zum Postkolonialismus oder zu den Critical-Whiteness-Studies nachvollzogen und ziehen sich eher auf landläufige Formen der egalitären Modernität und „Westlichkeit“ von Standards zurück.

Das ist sicherlich keine neue Herausforderung für den Feminismus als ganzen, den es wahrscheinlich gar nicht gibt. Totgesagt wurde er ohnehin schon mehrfach, dennoch fanden sich immer wieder neue Generationen von Feministinnen, die als kleinsten gemeinsamen Nenner vermutlich die gesellschaftspolitische Gleichstellungsforderung aufgriffen und den ursprünglichen Politikbegriff der Frauenbewegung zugrunde legten: Das Private/Persönliche ist politisch!

Am Beispiel des Kopftuchstreits – es geht wohl gemerkt nur um das Kopftuch, nicht um Gesichtsverhüllung – lässt sich m.E. ein fast zwangsläufiger innerer Spaltungsprozess feministischer Kreise aufzeigen. Spätestens seit der Jahrtausendwende ließ sich die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, nicht mehr leugnen, die massenhafte Aufnahme von Flüchtlingen trug ein Übriges dazu bei, dass sich Einheimische, eben auch Feministinnen, mit den virulenten Ressentiments gegen Fremde, namentlich Muslime beiderlei Geschlechts, und mit den Konstruktionen des „Eigenen“ und des „Fremden“ auseinandersetzen müssen. Nicht nur (rechts-)populistische Kreise in Deutschland, Europa und den USA führen vor, dass die (als homogen und rückständig imaginierten) Geschlechterverhältnisse „der Anderen“ als identitäre Bedrohung der eigenen Lebensweise und Selbstdefinition empfunden werden. Hartnäckige Konfrontationen – auch und gerade unter Feministinnen – waren und sind die Folge. In der Realpolitik und gesellschaftlich-medialen Diskussion zeigt sich, dass gerade Geschlechterthemen besonders leicht und erfolgreich in populistischer Weise instrumentalisiert werden können. Schon die Aussagen eines vergleichbar begrenzten politischen Spektrums von Alice Schwarzer bis Julia Klöckner sprechen eine deutliche Sprache, wenn es um das Kopftuchthema, um Burka und Niqab oder um angeblich grassierende „Kinderehen“ und Zwangsverheiratungen bei syrischen Flüchtlingen geht. Viele Sachprobleme der Integration müssten bewältigt werden, manche öffentlichen AkteurInnen verbeißen sich indes lieber in spektakuläre Verbotsideen, mit denen keines der realen Probleme gelöst werden könnte. Warum sind auch akademische Feministinnen hier gerne für populistische Abgrenzungs- und symbolische Verbotspolitik zu haben? So mancher verbeamteten Feministin, kommunalen Gleichstellungsbeauftragten oder wackeren Genderprofessorin reicht es für ein Verbot des Kopftuchs bereits, dass sie in dem Stück Stoff ein starkes patriarchales Symbol sieht – für Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum und Unterordnung von Frauen unter Männer –, und natürlich steht das Kopftuch im Gegensatz zur „Neutralität des Staates“, weil sich die Frau – besonders als RichterIn oder Verwaltungsbeamtin – selbst als Inbegriff von Neutralität und Modernität sieht. Feministinnen können somit gerade in Staatsberufen höchst ambivalente „role models“ sein. Einerseits wird von ihnen erwartet, dass sie feministische Erkenntnisse, die meist aus der Außenseiterrolle von Frauen in männerdominierten Gesellschaften herrühren, in ihrer Berufsausübung und öffentlichen Darstellung glaubwürdig vermitteln, andererseits möchten auch sie in ihren eroberten Positionen und mit ihrem Berufsprestige subjektiv „ankommen“ und sich dem Mainstream zugehörig fühlen, was vielleicht einen gewissen Konformismus einschließt. Fremde Geschlechtertra-

ditionen und andere Selbstverständnisse sind vermutlich genau das, was im befürchteten „Kampf der Kulturen“ und im realen Konkurrenzkampf um Berufspositionen am meisten umstritten ist, selbst wenn es nicht um ultraorthodoxe, fundamentalistische oder islamistische Extreme geht. Seltsamerweise steht eine Frau mit Kopftuch u.U. sogleich „auf der anderen Seite“, obwohl sich die Selbstdarstellung westlicher Weiblichkeit inzwischen stark liberalisiert und diversifiziert hat. Die hehren feministischen Ideale und Erkenntnismethoden, z.B. sich in die Rolle der abstrakten oder konkreten Anderen zu versetzen, können eine schwere Last darstellen! Wenn sich eine Feministin nicht darauf einlassen will, erzeugt es vielleicht auch ein schlechtes Gewissen, weshalb in solchen realen Auseinandersetzungen um Zugehörigkeiten und Identitäten Toleranz oder gar Akzeptanz für Andersdenkende erst recht zurückgewiesen wird.

Daher sollte niemand vom Feminismus und „den“ Feministinnen zu viel erwarten, denn es ist ein allzu heterogenes Kollektiv. Erhellend ist tatsächlich der alte Leitspruch des bundesdeutschen Feminismus, dass „das Private/Persönliche politisch“ sei. Das Private und Persönliche ist eben sehr mit der eigenen Person verbunden. Ein Bewusstsein für (Anti-)Diskriminierung und menschenrechtlich orientierte liberale Fairness hat erst seit relativ kurzer Zeit begonnen sich zu entwickeln; welchen Verlauf die Entwicklung angesichts des harschen fremden- und islamfeindlichen Populismus nehmen wird, ist schwer vorhersehbar.

Was schafft Ihnen feministisches Unbehagen an aktuellen Verhältnissen?

GÜLAY ÇAĞLAR

Zunächst dachte ich, dass diese Frage leicht zu beantworten sei — erleben wir doch derzeit in Europa eine Sammlung rechtspopulistischer, antifeministischer und rassistischer Kräfte. Diese Kräfte greifen nicht nur gleichstellungspolitische Errungenschaften, Ziele und Instrumente an. Im Fokus steht auch die Geschlechterforschung insgesamt. Manche gehen sogar so weit, der Geschlechterforschung grundsätzlich die Existenzberechtigung abzuspochen — und finden dabei Verbündete in vielen Lagern und Sphären, denen die Geschlechterforschung stets ein Dorn im Auge war und ist.

Aber so einfach ist es nicht: Wer den Rechtsruck für einen Backlash hält, unterschätzt das Problem. Die öffentlichen Debatten um die Kölner Silvesternacht 2015, die Konsequenzen, die daraus für die Silvesternacht 2016 gezogen wurden („racial profiling“), aber auch Handlungsanweisungen für Geflüchtete in Form von Beratungspamphleten oder Webseiten, worin geradezu infantilisierend erklärt wird, wie